

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pf., zzgl. Postgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlank.

Inserate werden die 6spaltige Zeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Belegausgaben 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein. — Ausgegebenen Inserate können nicht wieder zurückgegeben werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 14. Juni.

Man schreibt uns:

Nichts verständlicher, als daß die Vereinsgesetz-Aktion der preussischen Regierung die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu den preussischen Landtagswahlen wieder zur Erörterung gebracht hat. Die Partei ist einig in der Erkenntnis der dringenden Gefahr, die der gesamten innerpolitischen Entwicklung nicht nur Preußens, sondern des ganzen Reiches von der vereinigten Reaktion droht, deren Hauptmacht das ostelbische Junkertum bildet. Und es ist deshalb auch auf der ganzen Linie der Partei kein Widerspruch zu Tage getreten, als das Manifest der Fraktion erklärte, daß es jetzt gelte, „in erster Linie den Kampf gegen das Junkertum zu führen, das die verkörperte Reaktion, der geschworene Feind des Bürgers und Bauern und insbesondere des Klassenbewußten Arbeiters ist.“ Den Hauptstützpunkt dieses Feindes aber bildet der preussische Landtag, in dessen Abgeordnetenhaus die Junker zur Zeit die herrschende Partei sind, mit der nur wenige National-Liberalen zu stimmen brauchen, um jeder reaktionären Maßnahme eine absolute Mehrheit zu sichern. Unter diesen Umständen wäre es sicher geradezu unbegreiflich gewesen, wenn die Partei, die zur Bekämpfung und Niederwerfung des preussischen Junkertums und der mit ihm verbündeten reaktionären Gewalten alle verfügbaren Mittel anzuwenden entschlossen ist, blindlings an der Frage hätte vorbeigehen wollen, ob denn die von ihr bisher geübte Nichtbeteiligung an den Wahlen zu eben diesem Landtage angesichts der politischen Lage noch weiter als richtig anzusehen und aufrecht zu erhalten sei oder nicht.

Aber man kann von der Notwendigkeit einer solchen Erörterung durchaus überzeugt sein, ja selbst dem Wunsche nach einer Aenderung der bisherigen Enthaltungstaktik freundlich gegenüberstehen und doch den bisherigen Verlauf der Sache als recht unbefriedigend empfinden.

Es ist unabweisbar, daß die Sozialdemokratie von ihren ersten Anfängen an in ihrer erdrückenden Mehrheit sich gegen jede Beteiligung an den preussischen Klassenwahlen erklärt hat. Oder, besser gesagt, sie hat — mit geringen Ausnahmen — über eine solche Beteiligung kaum je weiter nachgedacht, sondern die Enthaltung einfach als das Selbstverständliche angesehen. Man erinnere sich nur an die Parteidebatte, die 1893 über diese Frage stattgefunden hat und auf dem Parteitag zu Köln zum Abschluß gekommen ist. Die auf künftige Wahlbeteiligung gehende Anregung

Bernsteins wurde von einem Teil als eine „Korruption“ der Partei heftig bekämpft, von den meisten aber überlegen als gar nicht ernsthaft in Betracht kommend abgethan — die Enthaltung von jeder Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen „unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem“ wurde vom Parteitag einstimmig als Pflicht der Parteigenossen erklärt. Wohlgerichtet: unter dem jetzigen Wahlsystem, nicht etwa nur für die augenblickliche Lage, also nicht aus Gründen der Opportunität, sondern aus Gründen des taktischen Principes. Das heißt: die Selbstverständlichkeit der Wahlenthaltung galt als ein Satz, der aus dem Wesen der Sozialdemokratie mit Notwendigkeit hervorgehe, und dessen Anzweiflung in den Verdacht entweder der Parteilosigkeit oder der politischen Unzurechnungsfähigkeit zu bringen geeignet war.

Heute aber, nach kaum vier Jahren, hat die Stimmung in der Partei so vollständig umgeschlagen, daß die Vertreter der alten, bisher als unantastbar geltenden Taktik, wenigstens soweit sie von sich haben hören lassen, bereits zu einer winzigen Minderheit zusammengeschrumpft zu sein scheinen. Unter den Wortführern der Mehrheit aber, die unsere Partei ohne Zaudern und mit klingendem Spiel zur Beteiligung an den preussischen Dreiklassenwahlen marschieren lassen will, stehen heute an erster Stelle, die sich sonst als die ganz besonderen Wächter der Principienreinheit zu betrachten pflegten, die Partei nicht eng genug als Nur-Proletariatspartei auffassen konnten und in jedem Kompromiß, jeder Verührung mit bürgerlichen Parteien die drohende Gefahr einer unabwendbaren Demoralisation und Verderbens erblickten.

Nun soll an dieser Stelle in keiner Weise darüber geurteilt werden, welche Taktik die bessere, die Partei fördernde sei, die der Enthaltung oder die der Beteiligung. Es sei auch ohne weiteres zugegeben, daß die veränderte politische Lage auch dem, der früher anders gedacht, jetzt mit guten Gründen eine veränderte Stellungnahme angemessen erscheinen lassen könnte. Ja wir können uns sogar sichweg auf den Standpunkt stellen, daß, sobald die Wahlbeteiligung unserer Partei nur irgendwelche direkte oder indirekte Vorteile in Aussicht stellt, wir uns ohne jedes Bedenken für sie entscheiden sollen. Wir stehen also, wie man sieht, der Frage vollkommen frei, durch keinerlei eingebildete „principielle“ Fesseln gebunden, gegenüber.

Aber wenn ein Politiker, und um wieviel mehr, wenn eine ganze politische Partei, noch dazu eine solche von der Bedeutung der Sozialdemokratie, eine bisher konstant eingenommene Haltung in einem wichtigen Punkte ändern will,

so müssen sie für eine solche Aenderung triftige, zwingende Gründe anzugeben im Stande sein. Und weiter muß die Veränderung das Ergebnis reiflicher, eingehendster und gewissenhaftester Untersuchungen sein. Welches Bild bietet aber die Sozialdemokratie im Augenblick in der Wahlbeteiligungsfrage? Die preussische Regierung die Vereinsgesetznovelle einbringen und aus der Partei der Ruf nach kompletter Aenderung der Wahltaktik ertönen — das war fast eins. Und dann schwillt die neue Strömung schnell an. Man kann das ja eine mit elementarer Macht wirkende Bewegung nennen, und das Wort hört sich gut an. Wenn man aber hört, daß da und dort in und außer Preußen, ja selbst außerhalb Deutschlands, wo man die Einzelheiten des preussischen Wahlsystems und der unter ihm sich unserer Partei bietenden Erfolgsmöglichkeiten kaum genügend kennt, von Versammlungen schnell bereite Beschlüsse zu Gunsten der Wahlbeteiligung gefaßt werden, und daß selbst Provinzialparteitage zwar mit Recht den nächsten Parteitag um eine grundsätzliche Entscheidung der Frage anrufen, gleichzeitig aber die Parteigenossen auf Grund ganz unzureichender Kenntnis der Dinge schon im voraus für die Beteiligung festlegen wollen — dann müssen einem doch Zweifel über die Erfrißlichkeit einer solchen Bewegung aufsteigen.

Man wird einwenden: die dringende Gefahr, die Mobilmachung des preussischen Landtages gegen den Reichstag, der nahe Sturz auf das allgemeine Wahlrecht, der drohende Staatsstreich nötigen uns eine Aenderung der Wahltaktik auf. Aber das ist ja nichts als eine Umschreibung der Frage. Eine solche Aenderung kann sich uns doch nur dann aufdrängen, wenn dadurch eine Waffe gegen Junkertum und Reaktion geschmiedet, d. h. die Möglichkeit gegeben wird, die Zahl der konservativen Gewaltpolitiker im preussischen Landtage zu vermindern und dafür die oppositionellen Parteien zu stärken, vor allem aber — gleichviel auf welchem Wege — auch Sozialdemokraten in diese Körperschaft zu bringen. Daß diese Möglichkeit bestehe, das ist also zu untersuchen und das haben uns diejenigen glaubhaft zu machen, die jetzt für eine so einschneidende Veränderung der Parteitaktik eintreten. Es sollte uns freuen, wenn diese Möglichkeit, und sei es selbst nur in einem bescheidenen Maße, geegelt werden könnte. Niemand sollte dann nachdrücklicher für Wahlbeteiligung eintreten, als wir, die wir der Meinung sind, daß die Gefahr der Lage gar nicht ernst genug aufgefaßt werden kann, und die wir deshalb jedes Mittel zu ihrer Beseitigung begierig ergreifen. Aber es muß auch wirklich eine Waffe sein, aus Metall, nicht ein Theaterrequisit, mit dem man wohl

Seuilleton.

Das Recht der Mutter.

Roman von Helene Bühlau.

Frau Professor Majunke war mit ihrer Ausdrucksweise zufrieden. Kristine blickte ganz verwirrt mit weit offenen Augen, die Worte taugten so unheimlich von Frau Professor Majunkes Lippen.

Da war sie ja wieder, die schreckliche Scene, die sich am Sterbebette ihres Vaters abgespielt hatte! Da läuteten wieder die wüsten Glocken — und wieder trafen giftige Blicke wie Blitze, und es wurden wieder Dinge gesagt, Worte gebraucht, die den Boden unter den Füßen fortrissen.

Kristine legte den Arm immer schützender um ihr Kind, legte die eine Hand ausgespreizt auf sein Köpfchen. Niemand sollte es schlagen und treffen können.

Und jetzt sah sie in Wirklichkeit Frau Professor Majunkens Hand im steifen schwarzedernen Handschuh, und diese Hand legte sich auf Peregrins Körperchen.

In Kristinens Seele stieg es wie eine Ahnung auf. „Fort von ihm!“ sagte Kristine fest.

Frau Professor Majunke war aber vollkommen vorbereitet auf einigen Widerstand, sie hatte sich mit Mathilde schon darüber auf der Fahrt ausgesprochen.

„Benehmen Sie sich doch nicht wie eine wilde Kater!“ rief Frau Professor Majunke. „Was denken Sie denn?! Sie sollen uns auf den Knien danken, daß wir gekommen sind, daß wir für das Kind sorgen wollen und retten wollen, was an Ihrem verlorenen Leben noch zu retten ist. Danken

Sie Gott, daß ein so weiser Wille, wie der Ihres edlen Schwagers, über Sie zu verfügen hat.“

„Gieb es ihr doch,“ sagte Mathilde mit sanfter, überredender Stimme. „Gieb ihr das Kind, es ist für alles so gut geforgt, Kristine.“

Frau Professor Majunke fiel ihrer Freundin in die Rede. Sie war sehr aufgeregt. „Kind, jagst du? Das ist kein Kind, meine Liebe, diesen heiligen Ausdruck bitte ich nicht zu mißbrauchen; in der Seele meiner armen Kinder schmerzt es mich, wenn ich denke, sie und dieses unberechtigte, sündhafte Wesen sollten denselben Namen tragen — nein, liebe Mathilde!“

Kristine stand ruhig, ihre Augen strahlten vor Erregung und Schmerz.

„Frau Professor Majunke,“ sagte sie ernst, „ich verstehe alles. Es ist nicht nötig, daß die Damen weiter sprechen. Ich will Ihnen ein einziges Wort sagen: Es ist mein Kind! Ich werde mich von meinem Kinde nie trennen, nie! Das bleibt bei mir!“ rief sie erregt. „Mein Vater hat mich auch nicht verlassen, und hatte kein böses Wort für mich, und keinen Zorn, und nur Liebe, und in seinem Namen handle ich.“

„Damit willst du doch nicht sagen, daß unser edler Verstorbener von deiner Schmach etwas ahnte?“

„Ich habe ihm alles gesagt,“ antwortete Kristine und neigte sich über ihr Kind, das unruhig wurde.

„Das ist nicht möglich, du lägst!“ rief Mathilde. „Du lägst schamlos — einen Toten in Grab zu beschimpfen!“

Da hob Kristine den Kopf hoch. „Herr mein Gott, solch einen Narren trug die Welt nicht, wenn das wirklich wahr sein soll!“ rief Mathilde. „Ich hab' es immer gesagt, Dattel Ahrensee hat die Kristine mit seinen unreifen Gedanken verrückt gemacht!“

„Mein Vater!“ Kristine war außer sich und ging mit fliegendem Atem auf Mathilde zu. Sie war bis in die Rippen bleich geworden. Vor ihrer Seele stand die Scene am Strande, als Mathilde vor ihrem Vater schon einmal beleidigend gesprochen hatte. Damals hatte sie eine Art Schwindel gefühlt und fühlte ihn jetzt wieder, einen verzweiflungsvollen Schwindel, eine unsagbare Qual, die Qual des stummen Tieres, das sprechen möchte, das seiner Jammer nennen möchte und nicht kann, und nicht verstanden wird.

„Ker!“ rief Kristine laut, fast unbewußt. „Ker, verlaß mich nicht!“

„Ker?“ sagte Frau Professor Majunke stehend.

„Ker,“ sagte Mathilde — „ja Ker! — Das brauchst du uns nicht zu sagen — Wir wissen alles. — Aber Ker — ich meine, dieser saubere Ker hat recht lange nichts von sich hören lassen — dieser Glende, den wir alle hassen!“

Statt Ker aber, den Kristine in ihrem Jammer angerufen, kam von seinem Posten Rotplätz angeschlürft und stellte sich neben Kristine.

„Nun und Ihre Mutter und Ihr Schwager und Ihre Schwester — die mögen es tragen, wie sie wollen,“ rief Frau Professor Majunke aufgebracht, „um die kümmern Sie sich kein Paar — ob die in Verachtung und Elend versinken — das ist Ihnen gleichgültig, wenn nur dies unsinnige, unnötige Geschöpf da gedeiht!“ — Frau Professor Majunke wies auf Peregrin mit einer Gebärde des Abscheus.

„Mein Schwager und meine Schwester sind ihre eigenen Herren,“ sagte Kristine wieder fest — „und meine Mutter — da rannen ihr die heißen Thränen herab und sie konnte nicht sprechen, sie preßte ihr Gesicht an Peregrins warmes Körperchen, der die ganze Zeit sehr geduldig und verständig gewesen war, nur manchmal hatte er gezappelt vor Her-